

Das ist die Stunde der Solidarität, nicht der Polizei

NRW ist einer der Schwerpunkte der Corona-Epidemie in Deutschland. Nicht nur im Kreis Heinsberg, sondern auch in der Millionenstadt Köln gab es bereits früh eine Vielzahl von Infizierten und erste Tote, die dem neuen Virus zum Opfer gefallen sind. Deshalb ist in NRW bereits vor dem am 22. März in Kraft getretenen bundesweiten Kontaktverbot das öffentliche Leben nach und nach eingeschränkt worden. Von der Schließung der Schulen und Kindergärten sowie der Geschäfte und Restaurants bis zum Verbot aller öffentlichen Veranstaltungen. Mit weitreichenden Folgen nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Arbeit der Polizei. Denn auch in Corona-Zeiten muss die Polizei voll handlungsfähig sein.

Durch die rasante Verbreitung des Coronavirus musste die Polizei von jetzt auf gleich eine Antwort auf zwei Probleme finden:

Zum einen kann niemand sagen, wie sich die weitgehenden Einschränkungen des gesamten öffentlichen Lebens auf die Sicherheitslage auswirken werden. Und dabei geht es nicht nur um die Frage, ob die von der Landesregierung verfügte Schließung von Geschäften und das weitreichende Kontaktverbot eingehalten werden, sondern auch darum, was passiert, wenn die Einschränkungen über den ursprünglich geplanten Zeitraum der Osterferien hinaus aufrechterhalten werden müssen, weil die Gefahr einer massenhaften Verbreitung des Virus immer noch nicht gebannt ist.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist es in NRW ruhig geblieben. Nahezu die gesamte Bevölkerung hat die massive Einschränkung des gesamten öffentlichen Lebens als notwendig akzeptiert und

hat sich an das weitreichende Kontaktverbot gehalten. In den ersten Wochen des Kontaktverbots, vom 25. bis 31. März, musste die Polizei in ganz NRW lediglich in 2300 Fällen einschreiten. Bei der weit überwiegenen Zahl ging es um Ordnungswidrigkeiten, nur in 119 Fällen wurde eine Strafanzeige erstattet. Das ist eine sehr beruhigende Zahl. Aber niemand weiß, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum entwickeln wird. Vor allem dann, wenn es in einzelnen Bereichen zu einem Versorgungsengpass kommen sollte. Oder wenn das Gesundheitssystem an seine Grenzen geraten sollte und nicht mehr allen am Coronavirus Erkrankten helfen kann, so wie wir das zurzeit in Italien und in Spanien erleben, und es deshalb zu Unruhen kommt. Nicht auszuschließen ist zudem, dass Straftäter die Situation, dass die Innenstädte und ganze Unternehmen quasi menschenleer sind, gezielt für Plünderungen und Raubzü-

ge nutzen. Von diesen Horrorsituationen ist Deutschland zwar weit entfernt, aber die Polizei muss darauf vorbereitet sein, dass es in Folge der Corona-Krise zu öffentlichen Auseinandersetzungen kommen kann. Sie muss auch in dieser Situation voll handlungsfähig sein, um die Menschen zu schützen.

Damit es gar nicht erst zu dieser Situation kommt, hatte die GdP früh darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Gefahr nicht in erster Linie durch polizeiliche Mittel durchgesetzt werden können, sondern durch die Solidarität aller Menschen mit denjenigen, die sonst die Corona-Epidemie nicht überleben werden. Das hohe Strafmaß bei Verstößen gegen die Corona-Auflagen mache zwar Sinn, um auch diejenigen zu erreichen, die sich als unbelehrbar erweisen, hatte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz unmittelbar nach der Verhängung des Kontaktverbots gesagt, zugleich aber betont, dass das jetzt die Stunde der Solidarität sei, und nicht der Polizei. Auch viele Politiker haben in gleicher Form an die Solidarität der Menschen appelliert.

Zum anderen besteht die zweite Herausforderung darin, dass auch die Polizistinnen und Polizisten nicht vor dem Corona-





virus geschützt sind. Bis kurz vor Ostern gab es in ganz NRW erst ein paar Polizisten, die am Coronavirus erkrankt sind, aber die Folgen können bei jedem einzelnen Fall weitreichend sein, weil die Polizisten bei ihrem täglichen Dienst eng mit ihren Kollegen zusammenarbeiten. Egal ob in einer Wache oder in einem Kommissariat, und erst recht im Streifenwagen. Um die Gefahr zu verringern, dass sich ganze Dienststellen gegenseitig anstecken und dann ausfallen, hat das Innenministerium seit März eine Vielzahl von Einzelerlassen verfügt. Beamte, die im Tagesdienst als Sachbearbeiter tätig sind, haben die Möglichkeit bekommen, ihrer Arbeit auch im Homeoffice nachzugehen. Bei den Wachen und den Dienststellen, die im Schichtsystem arbeiten, wurde ein redu-

zierter Dienstbetrieb eingeführt, damit immer nur ein Teil der betroffenen Polizisten gleichzeitig vor Ort ist. Die anderen Beamten werden in Reserve gehalten. Kommt es in einer Dienstgruppe zu einem Corona-Verdacht, kann sie unverzüglich durch eine andere Dienstgruppe ersetzt werden.

Die GdP hat diesen Prozess über ihre Mitglieder im Hauptpersonalrat der Polizei, aber auch über öffentliche Erklärungen und Interviews begleitet und dabei immer wieder auf Defizite hingewiesen. Nicht akzeptabel ist für die GdP zum Beispiel, dass ein Teil der Mehrarbeit, der durch die Umstellung des Schichtdienstes auf ein Zwölf-Stunden-Modell entsteht, zunächst nicht als Überstunden gezählt werden soll. Zudem hat sich die GdP dafür eingesetzt, dass die

Ausstattung der Polizei mit Laptops kurzfristig erhöht wird, damit mehr Sachbearbeiter ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen können. Und die GdP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ausstattung der Polizei mit Schutzmasken nachhaltig verbessert wird, und dass Kolleginnen und Kollegen, bei denen ein Corona-Verdacht besteht, unverzüglich getestet werden, damit nicht ganze Dienstgruppen aus dem Verkehr gezogen werden müssen. ■



Mehr Infos zu den Positionen der GdP in der Corona-Krise: www.gdp-nrw.de

Systemrelevante Kräfte stärken!

PHOTO: SVEN VUJELERS FOTOGRAFIE



Der fast vollständige Shutdown, den Deutschland und die Welt in diesen Wochen erleben, ist ohne Beispiel. Jeder, der vorher so ein Szenario vorausgesagt hätte, wäre als Fantast abgetan worden. Jetzt ist die Bedrohung durch das Coronavirus bittere Realität, und wir wissen noch nicht, wie lange die Bedrohung anhalten wird.

Noch ist es zu früh, um zu entscheiden, welche Lehren aus der Corona-Krise gezogen werden müssen. Aber vier Erkenntnisse zeichnen sich heute bereits ab:

1. Es gibt systemrelevante Bereiche in unserem Land, die von der Politik vollkommen vernachlässigt worden sind. Und das sind nicht die großen Unternehmen und die Finanzinvestoren, die bislang bei uns den Ton angeben, sondern das sind die Pflegekräfte und Ärzte, die Erzieherinnen und Verkäuferinnen und die Polizisten. Im Angesicht der Krise sagen die Politiker heute, dass ihre Arbeit endlich anerkannt und besser bezahlt werden muss. Das darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss endlich umgesetzt werden.
2. Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit, aber offenbar reicht ein einziges Virus, um es sofort an seine Grenzen zu bringen. Dass das so ist, hat viel damit zu tun, dass das Gesundheitssystem in Teilen vollkommen unterfinanziert ist, vor allem in der Pflege. Dass Operationen wichtiger sind als die Betreuung der Patienten. Dass Medikamente nur noch im Ausland hergestellt werden, weil sich so ein paar Euro sparen lassen. Diese Fehler der Vergangenheit müssen wir umgehend korrigieren.
3. Dass die Wirtschaft bei uns nicht vollkommen zusammengebrochen ist, hat viel mit der Digitalisierung zu tun. Aber dass zum Beispiel die Polizei ihre Ermittler nicht von zu Hause aus arbeiten lassen kann, nur weil nicht genügend internetfähige Rechner zur Verfügung stehen, zeigt, wie viel wir bei der Digitalisierung noch aufzuholen haben. Nicht dass Telearbeit die Lösung aller Probleme ist, aber wir müssen uns besser auf die nächste Krise vorbereiten, denn sie kommt.
4. Die Eingriffe in die Grundrechte, die auch in Deutschland im Schnelldurchgang durch die Parlamente gebracht worden sind, um das Virus einzudämmen, sind gefährlich für die Demokratie. Allein schon deshalb müssen wir alles tun, damit sich ein ähnliches Bedrohungsszenario nicht in wenigen Jahren wiederholt. Denn sonst würden auch die Polizistinnen und Polizisten in eine Situation kommen, in der ihr Anspruch, die Demokratie zu verteidigen, mit dem Ziel, ein Virus zu bekämpfen, in Konflikt gerät.

Michael Maatz,
stellvertretender Landesvorsitzender



Landtag verlängert Amtsperiode der Personalräte bis 2021

Durch das Coronavirus ist auch die Arbeit der Personalräte bei der Polizei beeinträchtigt. Sitzungen und Sprechstunden können nicht wie gewohnt durchgeführt werden und Besprechungen mit vielen Teilnehmern müssen in Form von Telefonkonferenzen stattfinden, um eine mögliche Übertragung des Virus zu verhindern. Auch Gewerkschaftsveranstaltungen können bis auf Weiteres nicht mehr stattfinden. Vor diesem Hintergrund hat der Wahlvorstand am 19. März entschieden, dass eine ordnungsgemäße Durchführung der für Anfang Mai geplanten Personalratswahlen nicht mehr gewährleistet werden kann und der Wahltermin auf das kommende Jahr verschoben wird.

Dieser Bewertung der Situation ist auf Initiative der DGB-Gewerkschaften inzwischen auch der Landtag gefolgt. Das Pandemie-Gesetz, welches am 14. April mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, sieht vor, dass die bislang am 30. Juni 2020 endende Amtszeit der Personalräte im öf-

fentlichen Dienst bis zur Wahl einer neuen Personalvertretung verlängert wird, längstens bis zum 30. Juni 2021. In dem Gesetz ist zudem geregelt, dass in der jetzigen Situation Beschlüsse der Personalräte auch dann wirksam sind, wenn sie mittels Umlaufverfahren oder elektronischer Abstimmung erfolgt sind. Auch diese Möglichkeit ist bis zum 30. Juni 2021 befristet.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Verschiebung der Personalratswahl und die befristete geltende Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen ausdrücklich begrüßt. „Auch die Polizei steht in den

kommenden Wochen und Monaten vor schwierigen Entscheidungen. Deshalb ist es wichtig, dass es auch in Corona-Zeiten handlungsfähige Personalräte gibt“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz. ■



Übertragung der Fachaufsicht darf Mitbestimmung nicht aushöhlen

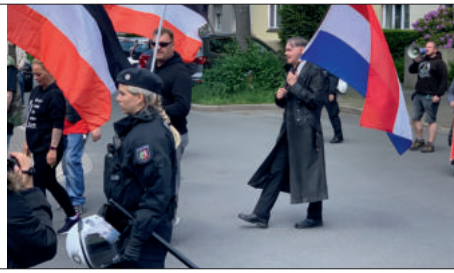
2007 hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung die Zuständigkeit der Bezirksregierung für die Polizei abgeschafft. Seitdem fehlt der Polizei in NRW eine Mittelinstanz zwischen dem für strategische Fragen zuständigen Innenministerium und den für das Tagesgeschäft verantwortlichen 47 Kreispolizeibehörden. Ende März hat Innenminister Herbert Reul (CDU) in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten erklärt, dass er die damalige Entscheidung für einen Fehler halten würde. Das Innenministerium erwicke gerade im operativen Tagesgeschäft. Reul will deshalb die Fachaufsicht über die Polizeibehörden auf die drei Landesoberbehörden LKA, LAFP und LZPD übertragen. Dort sollen Teams eingerichtet werden, die

jede Polizeibehörde regelmäßig einem ganzheitlichen Audit unterziehen. Laut Reul sind dafür 15 Stellen vorgesehen. Ein Konzept, welche Aufgaben und Zuständigkeiten die noch zu errichtenden Controlling-Teams bekommen werden, soll von einer Arbeitsgruppe entwickelt werden. Deren Arbeit steht allerdings noch ganz am Anfang.

Die GdP hat die Pläne von Innenminister Reul grundsätzlich begrüßt. „Wir haben in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, dass die Polizei eine Mittelinstanz braucht, um die Kreispolizeibehörden bei ihren schwierigen Aufgaben zu unterstützen. Dass jetzt auch der Innenminister zu dieser Erkenntnis gekommen ist, freut uns“, lobte der stellvertretende GdP-Landesvorsit-

zende Michael Maatz die geplante Organisationsreform.

Die GdP werde diesen Prozess konstruktiv begleiten, kündigte Maatz an, nannte dafür aber auch zwei Voraussetzungen: „Sinn macht die Reform nur, wenn die drei Landesoberbehörden auch das notwendige Personal bekommen, das sie für die Wahrnehmung der neuen Funktion brauchen. Mit den 15 Stellen, von denen bislang die Rede ist, lässt sich das nicht bewältigen“, betonte Maatz. „Und wir werden uns sehr genau ansehen, welche Aufgaben und Kompetenzen im Detail verlagert werden sollen, und dabei darauf achten, dass die gesetzlich garantierten Mitbestimmungsrechte der Personalräte nicht beschnitten werden.“ ■



Demonstrationen dürfen kein Nährboden für rechten Terror sein

75 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Alliierten ist der Rechtsterrorismus in Deutschland allgegenwärtig: der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge in München, Halle und zuletzt Hanau. Aber auch in NRW gab es in den vergangenen Jahren immer wieder rechtsextremistische Anschläge sowie unzählige Naziaufmärsche, bei denen ganz offen antisemitische und fremdenfeindliche Parolen skandiert wurden.

Für die Polizistinnen und Polizisten, die bei den Demos zum Einsatz kommen, ist das unerträglich. Antisemitismus ist keine Meinung, sondern eine Straftat. Deshalb fordert die GdP, dass rechte Demos mit eindeutig erkennbarem antisemitischen und fremdenfeindlichen Bezug verboten werden. Hierzu müssen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Das Nagelbombenattentat von Köln im Jahr 2004 mit 22 Verletzten, zwei Jahre später der Mord des „Nationalsozialistischen Untergrund“ in Dortmund an einem türkischstämmigen Kioskbetreiber, Messerangriffe auf die Politiker Henriette Reker und Andreas Hollstein in den Jahren 2015 und 2017 durch Täter mit rechtsextremen Motiven. Oder der 2015 verübte Brandanschlag von Altena auf ein von syrischen Flüchtlingen bewohntes Haus. Zu lange wurde der Rechtsterrorismus in Deutschland unterschätzt. Die GdP begrüßte die Ende 2019 getätigten Äußerungen des NRW-Innenministers Herbert Reul (CDU), der Rechtsextremis-

mus sei neben dem Islamismus die „größte Gefahr für die Innere Sicherheit in unserem Land“. Umso wichtiger ist es, dass rechte Kundgebungen streng überwacht werden. Denn auch in Zeiten der Digitalisierung dienen Demonstrationen zur Vernetzung der rechten Szene. Zudem werden Aufmärsche zur Erstellung von propagandistischem Bild- und Videomaterial für die sozialen Netzwerke genutzt. „Nie, nie, nie wieder Israel“ – diese Parole wollte die Polizei bei einer Demonstration letztes Jahr in Dortmund verbieten lassen. Das Oberverwaltungsgericht Münster untersagte dies jedoch. „Das ist für unsere Kolleginnen und Kollegen unerträglich, haben wir doch einen Eid geschworen, die Verfassung zu verteidigen“, erklärt Frank Schniedermeier, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Dortmund und Kripoexperte des Landesbezirks. „Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind verfassungsrechtlich garantiert und daran dürfen wir nicht rütteln. Die Freiheit findet jedoch dort ihre Grenzen, wo gegen das Strafrecht verstoßen wird. Deshalb müssen die Richter in diesem Bereich besser geschult werden. Letztendlich sind sie es, die erkennen müssen, dass antisemitische Parolen keine Meinungsäußerungen sind.“

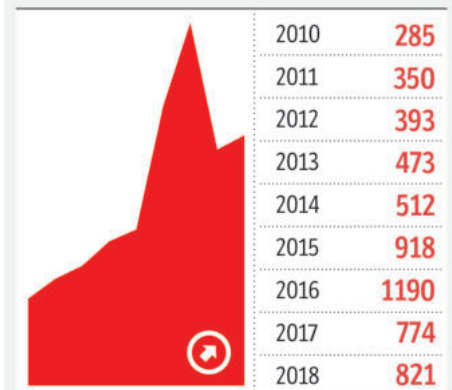
Antisemitismus, Rassismus oder der Hass auf Andersdenkende und Politiker – die Motive für Gewaltdelikte und Anschläge aus dem Bereich „rechts“ sind oft unterschiedlich. Der Anschlag von Halle zeigte, dass Judenfeindlichkeit in Deutschland bisher verharmlost wurde. Für den wachsenden Antisemitismus macht die

AfD oft muslimische Zuwanderer verantwortlich. Aktuelle Zahlen des BKA und LKA belegen jedoch, dass antisemitische Straftaten nach wie vor annähernd mit 90 Prozent dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Sowohl die Zahl der antisemitischen Straftaten als auch der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte von rechts stiegen zuletzt bundesweit an. Experten vermuten, dass die Dunkelziffer in diesen Deliktbereichen deutlich höher liegt. Unter den Rechtsextremen gibt es zudem Radikalisierte, die Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien entwerfen und zur Bewaffnung aufrufen. Teil dieses Milieus sind die sogenannten Reichsbürger, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland

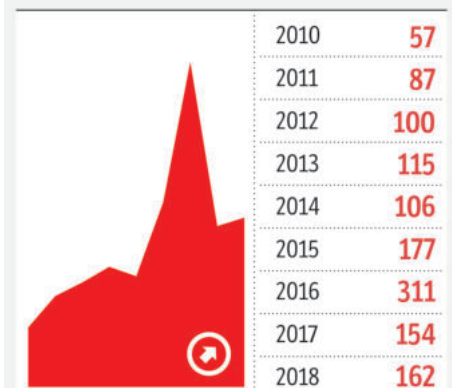
Fremdenfeindliche Gewaltdelikte weiter auf hohem Niveau

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene wurde ab 2010 eine Zunahme der rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikte mit fremdenfeindlichen Hintergrund registriert. Nach einem Rückgang in 2017 stieg die Anzahl der Delikte zuletzt wieder an.

Bund



NRW

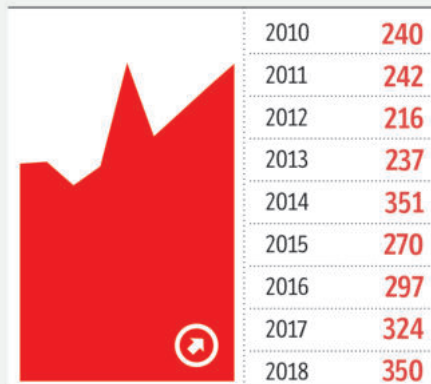


Quellen: Bundesministerium des Innern, Ministerium für Inneres und Kommunales NRW



Anzahl antisemitischer Straftaten in NRW nimmt zu

2018 wurden 88,9 Prozent der antisemitischen Straftaten in NRW dem rechten Spektrum zugeordnet.



Quelle: Ministerium für Inneres und Kommunales NRW

Gewerkschaft der Polizei NRW

nicht anerkennen und versuchen, die Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern. In NRW beobachtete der Verfassungsschutz zuletzt einen starken Zulauf zur Reichsbürgerszene. Überschneidungen zum Umfeld der sogenannten Prepper, die in einem verschwörungstheoretischen Umfeld Vorsorge für vermeintlich drohende Endzeitszenarien treffen, sind ebenfalls vorhanden. Dass die Anhänger der Reichs-



bürgerbewegung nicht irgendwelche Spinner, sondern gefährliche Feinde des Rechtsstaates sind, ist spätestens seit dem Polizistenmord in Georgensmünd von 2016 offensichtlich.

Mitte März kam es zu einer bundesweiten Reichsbürger-Razzia, bei der auch 150 Polizisten in NRW im Einsatz waren. 48 Reichsbürger in NRW besitzen Waffenscheine. Innenminister Reul erklärte jüngst, dass in 27 Fällen Widerstandsverfahren eingeleitet wurden, in den restlichen Fällen werde dies geprüft. Im Februar gelang der Polizei die Aushebung der Terrorzelle „Gruppe S.“, die Anschläge gegen Politiker und Muslime geplant hatte und einen Bürgerkrieg provozieren wollte. Bei einem der Verdächtigen handelt es sich um einen Verwaltungsmitarbei-

ter der Polizei NRW, der umgehend suspendiert wurde. „Rechtsextremismus hat in den Reihen der Polizei nichts zu suchen und muss mit aller Härte bekämpft werden“, erklärte vor einigen Wochen der stellvertretende Vorsitzende der GdP NRW, Michael Maatz, gegenüber den Medien. Um der politisch motivierten Kriminalität von rechts Herr werden und rechtsterroristische Anschläge wie die von Halle und Hanau in Zukunft verhindern zu können, müssen sowohl der Verfassungsschutz als auch die Polizei personell gestärkt und besser ausgerüstet werden. Die Radikalisierung der Täter beginnt überwiegend im Netz. Deshalb fordert die GdP die weitere Einstellung sowie stetige Fortbildung von IT-Fachkräften. ■

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort, um gesund zu werden!



klinik wersbach

Klinik für Psychosomatik, Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner



Deutsche Sporthochschule Köln
German Sport University Cologne



Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0

www.klinik-wersbach.de



Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de



Stäbe und Direktion K am meisten belastet

140 Überstunden hat jeder Polizist in den letzten Jahren in NRW angesammelt. Den größten Überstundenberg schieben die Mitglieder der Einsatzstäbe und der Direktion K vor sich her.

Bestand an Überstunden je Polizist, einschließlich Differenzkonten

Stäbe, Pressestelle etc.	318
Direktion K	171
alle Bereiche	140
Direktion GE	138
Direktion ZA	118
Direktion V	33

Quelle: Quelle: Innenministerium NRW
Stand: 31.12.2019

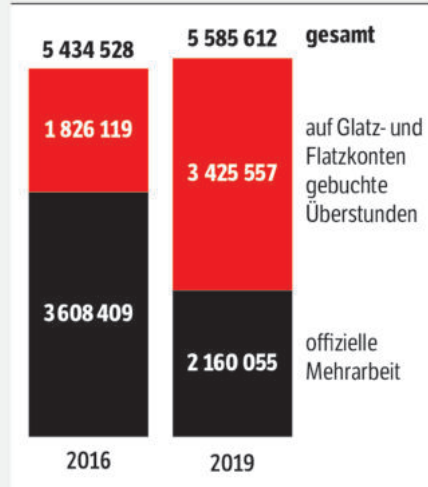


Gewerkschaft
der Polizei NRW

Mehrarbeit nur umgebucht

Allen Lippenbekenntnissen des Innenministeriums zum Trotz ist der Überstundenberg bei der Polizei in den letzten Jahren nicht gesunken, sondern weiter gestiegen, auf 5,6 Millionen Stunden im vergangenen Jahr. Ein immer größer werdender Teil der Mehrarbeit wird aber nicht als offizielle Überstunden erfasst, sondern auf Glatz-, Flatz- und sonstigen Differenzkonten gebucht.

Entwicklung des Überstundenbergs bei der Polizei in NRW



Quelle: Innenministerium NRW



Gewerkschaft
der Polizei NRW



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4.5. Clemens Deichsel, Mönchengladbach
- 18.5. Willi Breforth, Werne
- 20.5. Karl-Heinz Sommer, Lüdinghausen
- 24.5. Ursula Scheibel, Dortmund
- 27.5. Werner Ullrich, Gummersbach
- 30.5. Dieter Reckert, Überlingen

91. Geburtstag

- 20.5. Dorothee Grewing, Düsseldorf
- 21.5. Ehrenfried Zierau, Krefeld
- 22.5. Klementine Zajac, Gladbeck
- 30.5. Helmut Grahn, Odenthal
- Helmut Jetz, Gelsenkirchen
- Werner Oehler, Unna

92. Geburtstag

- 10.5. Hedwig Peters, Hennef
- 16.5. Erich Jeromin, Recke
- 28.5. Konrad Benkel, Arnsberg
- 31.5. Karl-Heinz Folkens, Witten

93. Geburtstag

- 13.5. Annemarie Hellmann, Herten
- 15.5. Kurt Müller, Bochum
- 17.5. Helga Stemick, Düsseldorf
- 23.5. Irmgard Reick, Heiligenhaus

94. Geburtstag

- 21.5. Elisabeth Welfens, Mönchengladbach

95. Geburtstag

- 5.5. Herta Lütz, Kiel
- 16.5. Margret Dörfler, Bielefeld
- 21.5. Marianne Wassermeyer, Duisburg
- Antonie Weiß, Hünxe

96. Geburtstag

- 3.5. Eleonore Wäling, Waltrop
- 8.5. Hildegard Jonen, Bad Honnef
- 30.5. Rudolf Conze, Mönchengladbach

97. Geburtstag

- 12.5. Waltraud Brand, Essen
- 16.5. Margarete Breuer, Wegberg
- 24.5. Heinrich Bonsels, Heinsberg
- 30.5. Maria Pullmann, St. Veith

98. Geburtstag

- 7.5. Liselotte Weider, Hilden
- 9.5. Lothar Bussmann, Bad Lippspringe
- 13.5. Edith Afferbach, Dänischenhagen
- 15.5. Karl Rost, Köln

99. Geburtstag

- 10.5. Erna Klingenburg, Mülheim

101. Geburtstag

- 25.5. Magdalene Kromer, Leichlingen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Reul kündigt Langzeitkonten auf freiwilliger Basis an

Seit 2016 ist der Überstundenberg bei der Polizei von 4,4 Millionen auf 5,6 Millionen Stunden gestiegen. Der Großteil der Stunden wird nicht auf offizielle Mehrarbeitsstunden erfasst, sondern als Glatz- und Flatz- sowie sonstige Differenzkosten geführt. Das geht aus einem Bericht hervor, den Innenminister Herbert Reul (CDU) Mitte März dem Innenausschuss vorgelegt hat. Gegenüber dem Innenausschuss bestätigte Reul zudem erstmals offiziell, dass das Land die bestehende Arbeitszeitverordnung um das Instrument der Langzeitarbeitskonten ergänzen will. Auf den Langzeitkonten sollen die Polizisten in Zukunft einen Teil der

zwangsläufig bei ihrer Arbeit immer wieder anfallenden Mehrarbeitsstunden ansparen können, um sie für größere Blockfreizeiten nutzen zu können.

Mit den Langzeitkonten greift Reul eine langjährige Forderung der GdP auf, die bereits Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU und FDP gefunden hat, bisher aber vom Innenministerium nicht umgesetzt worden ist. Auch deshalb nicht, weil das Überstundenproblem auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung besteht. Wie die Langzeitkonten konkret ausgestaltet werden, soll jetzt von einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden. ■

DP – Deutsche Polizei Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss für die
Juni-Ausgabe ist der 6. Mai.**

Wir sind weiterhin für Sie da!

Corona hat auch die Touristik fest im Griff
und damit auch den GdP-Reiseservice.

Seit Anfang April sind wir daher in Kurzarbeit und
haben unsere Erreichbarkeit entsprechend angepasst.
Dies führt dazu, dass Sie nicht jederzeit Ihre gewohnten
Ansprechpartner erreichen, aber selbstverständlich
kümmern wir uns um Ihre Anliegen.

Wir vertrauen auf die Zeit,
in der auch das Reisen wieder möglich sein wird und
wir vertrauen auf Sie, unsere Kunden.

Vielen Dank

für Ihre unterstützenden Worte und lieben Nachrichten,
die uns in den letzten Wochen so gut getan haben.

Wir werden Sie auch in Zukunft gerne
bei der Umsetzung Ihrer Traumreisen unterstützen.

Ihr Team des GdP-Reiseservice



GdP Reiseservice

0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

penguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Mai erhalten
einen Thalia-Gutschein im
Wert von 35 Euro.

45 33958
Essen/Mülheim
45 88446
Recklinghausen
45 5361
Aachen

GdP ~~aktiv~~



#WirBleibenZuhause

Aufgrund der aktuellen Gefährdung durch das Coronavirus hat der Landesbezirk NRW alle Seminare und Veranstaltungen bis zum 31. Mai 2020 abgesagt. Mit dieser Maßnahme wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass die Ausbreitung des Virus verlangsamt und der Schutz unserer Mitglieder, Referenten und Mitarbeiter gewährleistet wird. Aber wir kommen wieder!

Nachrufe

Günter Schaut	30.11.1935	Aachen
Armin Kliem	06.03.1958	Bochum
Inge Röhrig	06.02.1932	Bochum
Karin Louise Fierbeck	28.04.1942	Bochum
Kurt Wachenfeld	24.02.1938	Bochum
Hans Helmbrecht	01.03.1941	Coesfeld
Walter Ströse	08.07.1922	Coesfeld
Peter Scheibel	15.11.1938	Dortmund
Margarete Mellwig	17.07.1926	Duisburg
Elke Stratmann	02.02.1939	Düsseldorf
Heinz Luge	21.03.1925	Düsseldorf
Horst Koppe	26.05.1941	Essen/Mülheim
Luise Squar	01.12.1932	Hagen
Bernd Jansen	16.09.1945	Heinsberg
Michael Friedhelm		
Thevißen	20.12.1946	Heinsberg
Wilhelm Wilms	25.11.1939	Heinsberg
Klaus Kanders	29.07.1960	Kleve
Wolfgang Becker	21.02.1960	Köln
Edgar Marquardt	19.06.1936	Minden-Lübbecke
Hans-Josef Saxenhausen	22.06.1952	Mönchengladbach
Hans Hüttenmeister	03.05.1929	Oberbergischer Kreis
Hans Klaus Heedt	18.05.1936	Oberbergischer Kreis
Klaus Peter Schmidt	11.04.1947	Recklinghausen
Ralf Vidua	25.11.1939	Recklinghausen



Die GdP ist eine junge Gewerkschaft. 14 000 der aktuell 43 000 GdP-Mitglieder in NRW sind jünger als 35 und damit Mitglied der Jungen Gruppe der GdP. Und wer jung ist, will mitreden! Wie das geht, wo es eine eigene Junge Gruppe gibt, welche Freizeitevents von ihr organisiert und welche Hilfen bei der Lösung von Alltagsproblemen in der Polizeiausbildung angeboten werden, steht in der frisch erschienenen Infobroschüre „Aktiv in der Jungen Gruppe. Freizeit, Studium Politik“. Die Broschüre gibt es direkt vor Ort bei den Kreisgruppen oder zum Download auf der Seite des Landesbezirks.



Weiterbildungsangebote gibt es bislang vor allem für die Polizistinnen und Polizisten, nicht aber für den Tarifbereich. Das muss sich von Grund auf ändern. Denn angesichts der zahlreichen Aufgaben, die in Zukunft von hoch spezialisierten Tarifbeschäftigten wahrgenommen werden sollen, steigen nicht nur die Anforderungen an ihre Berufs- und Studienabschlüsse, sondern auch ihr Weiterbildungsbedarf. Was dazu alles getan werden muss, stand bereits in der März-Ausgabe der DP. Jetzt liegen die Forderungen der GdP für ein eigenes Fortbildungskonzept für den Tarifbereich auch als Positionspapier vor.

Zum Download: www.gdp-nrw.de
(Pfad: Aktuelles, Broschüren)